

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 161 (1995)
Heft: 5

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.06.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutschland

Verteidigungsminister Rühle setzt sich für NATO-Erhalt und US-Präsenz in Europa ein

Auf der Sicherheitskonferenz in München, die früher «Wehrkundetagung» genannt wurde, nehmen höchstrangige aktive und ehemalig amtierende Sicherheitspolitiker vom Staatsmann über Aussenminister, Verteidigungsminister, Parlamentsangehörigen bis zu auf der Ebene der Militärstrategie erfahrenen Generälen und Journalisten als Privatleute teil. Sie haben deshalb die Möglichkeit, ohne strikte Einbindung in Kabinetts-, Fraktions- oder andere Zwänge ihrer eigenen Meinung Ausdruck zu verleihen, so dass neue Impulse für die praktische Politik hiervon ausgehen können. Der Verteidigungsminister, dessen politische Auffassungen zuweilen von denen des Aussenministers abweichen, betonte nach einer kurzen Lagefeststellung, die NATO sei die einzige Organisation, die die Sicherheit ihrer Mitglieder tatsächlich garantieren könne und zugleich über die besten Voraussetzungen für wirkungsvolle Krisenbewältigung in Europa verfüge. Zugleich sei sie ein wichtiger Motor politischen Wandels, denn sie habe die Stabilisierung Mittel- und Osteuropas als strategische Aufgabe ersten Ranges übernommen. Ohne Amerika bliebe die strategische Stabilität, an der Europa ein vitales Interesse habe, nicht erreichbar. Dieses Interesse trifft sich mit dem der USA. Dafür nannte er die politischen,

strategischen und wirtschaftlichen Gründe. Auch die Aufbauarbeit in Mittel- und Osteuropa und die stabilisierende Einbindung dieser Region in die euro-atlantischen Prozesse können nur mit aktiver Hilfe Amerikas geleistet werden. Aus dem nicht gerade glücklich verlaufenden Bosnien-Engagement der NATO zog er die Lehre, dass in Zukunft die NATO im Auftrag der UN nur dann handeln sollte, wenn die politische Zielsetzung von allen Bündnispartnern akzeptiert ist, es ein durchführbares operatives Konzept gibt und die NATO ihre Kräfte und Mittel ungehindert entfalten kann. Nur so ist für das Bündnis die notwendige internationale Glaubwürdigkeit und innenpolitische Akzeptanz beiderseits des Atlantiks zu bewahren. Für die gleichberechtigte Partnerschaft zwischen der EU und den USA müsste die EU-Handlungsfähigkeit als globaler Akteur gewinnen.

Die Bundeswehr wird in den nächsten drei bis vier Jahren schrittweise ihre neue Struktur einnehmen, um die neuen Aufgaben, insbesondere Teilnahme an der Hauptverteidigung und für Krisenreaktion erfüllen zu können. Für die Teilnahme an UN-Intervention zur Friedenserhaltung oder Friedenssicherung stellt er die Bedingung: Hauptverantwortung liegt in Europa oder seiner Peripherie, Engagement darf unsere Möglichkeiten nicht übersteigen, völkerrechtliche Legitimität und Handeln nur mit Freunden und Partnern in der euro-atlantischen Gemeinschaft. Prinzipiell

gibt es keine Ausschlussgründe aus der Geschichte für Blauhelmaktionen. Es kann aber aus historisch-moralischer Sicht gute Gründe für und gegen eine Beteiligung in bestimmten Regionen geben. Dies bedarf einer fallbezogenen Abwägung. Für einen Kampfeinsatz deutscher Streitkräfte muss es zwingende Motive geben, diese könnten sein: Offensichtliche Gefahr für Deutschlands Sicherheit, für die Stabilität Europas oder für den internationalen Frieden. Tp

Vorentscheidung über ein neues Transportflugzeug noch 1995

An der Planung für ein europäisches Transportflugzeug (Future Large Aircraft) sind neben Deutschland noch Belgien, Frankreich, Portugal, Spanien und die Türkei beteiligt. Grossbritannien hat Beobachterstatus. Die Staaten werden noch in diesem Jahr eine Vorentscheidung über das Projekt fällen. Bis zum Ende des Jahres soll eine Studie über die «technisch-taktischen Forderungen» erarbeitet werden. Über die Beschaffung werde dann abschliessend entschieden. Die Transall soll bis 2010 ersetzt werden. Daneben sei aber auch der Kauf eines Flugzeuges wie der russisch-ukrainischen Entwicklung «Antonow 70» möglich. Dies sagte ein Sprecher des Ministeriums für Verteidigung am 30. Januar 1995

Zwischenbilanz der bisherigen Hilfe der Bundeswehr bei der Hochwasserkatastrophe

Bei der Hochwasserkatastrophe an mehreren deutschen Flüssen, insbesondere an Mosel, Nahe, Rhein, Main und Fulda waren eine grosse Zahl von Bundeswehreinheiten mit Gerät im Einsatz. Insgesamt waren es 42 000 Soldaten, die von 140 französischen und 290 amerikanischen Soldaten unterstützt wurden. Das Heeresführungskommando in Koblenz koordinierte alle Einsätze. Art und Umfang werden auf Anforderung der Länder, Bezirke oder Kommunen durch die regional zuständigen Befehlshaber der Wehrbereiche und Kommandeure der Verteidigungsbezirke entschieden. Die Zusammenarbeit in allen Krisenstäben mit zivilen Behörden und den Hilfsorganisationen verlief rei-

bungslos. Gemäss erster Auswertung nach Rückgang des Hochwassers wurde festgestellt, die Schäden konnten dank besserer Vorbereitung auch durch den Einsatz der Bundeswehr geringer gehalten werden als beim «Jahrhunderthochwasser» vor einem Jahr. Tp

Truppenteile in den neuen Bundesländern wurden der NATO assigniert

Als sich gegen Ende der achtziger Jahre eine Chance für die Vereinigung der beiden Staaten auf deutschem Boden zum erstenmal eröffnete, erschien die Lösung des sicherheitspolitischen Aspektes, die militärstrategische Einordnung des Territoriums der DDR, als fast unlösbares Problem. Die DDR war wichtiger Bestandteil des Warschauer Paktes, bedeutendster Verbündeter der Sowjetunion und enthielt die Speerspitze der Truppen des WAPA gegenüber der NATO in Mitteleuropa. Die 21 dort stationierten sowjetischen mechanisierten Divisionen waren nicht nur Rückgrat der WAPA-Armeen, sondern auch der wichtigste Stabilisator für das DDR-Regime und die Integration der DDR in das sowjetische Herrschaftsgebiet. Deshalb erschien es wie ein Wunder, als Bundeskanzler Kohl 1989 vom Staatsbesuch aus der Sowjetunion mit der Verkündung zurückkam, Gorbatschow habe zugesichert, bei einer Vereinigung der deutschen Staaten werde die UdSSR einer Einbeziehung des Territoriums der DDR in die NATO unter bestimmten Bedingungen und dem Abzug der sowjetischen Streitkräfte bis Ende 1994 nicht im Wege stehen. Die endgültigen Regelungen enthielt der Zwei-plus-Vier-Vertrag von 1990. Damit erstreckten sich die Bündnisverpflichtungen uneingeschränkt bis zur Ostgrenze der ehemaligen DDR. Allerdings durften sich bis zum Abzug der sowjetischen Streitkräfte ausschliesslich Verbände der Territorialverteidigung, die nicht in die Bündnisstruktur integriert waren, dort aufhalten. Ausländische Streitkräfte und Kernwaffen durften und dürfen auch weiterhin dort nicht stationiert sein. Die Beistandsverpflichtung des Bündnisses wurde und wird davon nicht betroffen. Diese Regelung wurde auch nach einem internen Meinungsstreit zwischen



Die Bundeswehr (Bild: Flab-Lenk-Waffensystem Roland) wird in den nächsten Jahren ihre neue Struktur einnehmen.

dem damaligen Aussenminister Genscher und dem früheren Verteidigungsminister Stoltenberg im Sinne des Letztgenannten getroffen. Am 3. Februar wurde in Anwesenheit des Verteidigungsministers Rühe und hochrangiger Gäste aus dem In- und Ausland mit einer Lehr- und Gefechtsübung auf dem Truppenübungsplatz Kliets (zirka 70 km nordwestlich von Potsdam) der am 1. Januar erfolgten NATO-Assignierung der deutschen Truppenteile in den neuen Bundesländern gedacht. Hiervon sind das IV. Korps in Potsdam mit zwei Divisionen und sechs Brigaden des Heeres, ein Jagdgeschwader, ein

Flugabwehrraketengeschwader und zwei Radarführungsabteilungen der Luftwaffe sowie ein Schnellbootgeschwader der Marine betroffen. Die integrierte NATO-Luftverteidigung wurde auf ganz Deutschland ausgedehnt. Hierdurch ist nicht nur die Bündnisverteidigung gestärkt, sondern auch der sicherheitspolitischen Normalität in Deutschland Ausdruck verliehen worden. Es erfolgte ein Stabilitätstransfer in die östlichen Teile unseres Landes, der auch der demokratischen Entwicklung in unseren östlichen Nachbarstaaten zugute kommt. Tp

Ukraine

Lange Verhandlungen über Langstreckenbomber

Nach dem Zerfall der Sowjetunion sind der Ukraine auf den Militärflugplätzen Usin und Priluki einige Dutzend strategischer Langstreckenbomber verblieben. Es handelt sich um sowjetische Bomber der Typen Tu-160 und Tu-95 MS. Seit Jahren verhandeln russische und ukrainische Delegationen über das Schicksal dieser Bomberflotte. Grundsätzlich hatte man sich schon darüber geeinigt, dass diese Flugzeuge an Russland abgetreten werden. Uneinigkeit besteht aber darüber, wie dies kompensiert werden soll.

Russland ist bereit, für die Langstreckenbomber die ukrainischen Schulden für die russischen Energielieferungen zu tilgen. Die Ukraine möchte aber eine andere Art des Kompensationsgeschäftes. Die ukrainische Luftwaffe ist praktisch ohne

Reparaturmaterial und Ersatzteile geblieben, es fehlt auch an entsprechender Dokumentation, an Treibstoff und Schmiermitteln. Deshalb wünscht die ukrainische Militärführung durch diesbezügliche Hilfe aus Russland die Übergabe der Bomber zu begleichen.

Die russische Delegation ist mit diesem Tauschgeschäft einverstanden, seine praktische Ausführung liegt aber beim militärisch-industriellen Komplex Russlands, und dieser ist heute in einem desolaten Zustand. Vertreter der Rüstungsindustrie erklären, dass sie gegenwärtig die benötigten Ersatzteile und das Reparaturmaterial einfach nicht liefern können, weil ihre Betriebe sich in Auflösung befinden und die Lagerbestände aufgebraucht sind.

Die Delegationsleiter: Der Stabschef der russischen strategischen Luftwaffe Generalleutnant Anatolij Proskurnin und der Befehlshaber der ukraini-

schen Luftstreitkräfte Wladimir Antonez haben bei den kürzlich durchgeführten Verhandlungen vereinbart, dass russische Spezialisten nach Usin und Priluki entsandt werden, um den Zustand der technischen Ausrüstung und der Bewaffnung der Flugzeuge zu untersuchen. Es besteht nämlich die Gefahr,

dass infolge Standschäden diese Flugzeuge nur noch bedingt einsatzfähig sind. Diese Gefahr ist so gross, dass im Protokoll der letzten Delegationssitzung der Zeitpunkt für die Übergabe der Bomber kategorisch auf das erste Quartal 1995 festgesetzt wurde. GB

Weissrussland

Verschlechterung der sozialen Situation

Weissrussland, das heutige Belarus, gehörte zu den «High-Tech-Gebieten» der früheren Sowjetunion und leidet heute entsprechend an einem schwerwiegenden wirtschaftlichen und sozialen Niedergang und seiner fast völligen Abhängigkeit von der Russischen Föderation in den Bereichen Rohstoffe, Energieträger und Markt.

Gemäss einer von Z. Grischtschenko (Soziologisches Institut der Minsker Staatsuniversität) veranstalteten offiziell noch unveröffentlichten Umfrage, betrachten 86% der Befragten die wirtschaftliche Situation als schlecht bis katastrophal (schlecht: 22,3%, sehr schlecht: 27,6%, katastrophal: 37,4%). Ähnliches gilt für die Lage der Familien (ziemlich schlecht: 19,2%, schlecht: 40,3%, sehr schlecht: 24,9%). Das traditionelle «Familienbudget» ist dabei fast völlig verschwunden, da 86% der Bevölkerung das gesamte Einkommen für Nahrungsmittel aufwenden.

Andererseits halten 70% der Befragten die Politik Präsident Lukaschenkas auf regionaler

Ebene für erfolgreich. Überhaupt begegnen die Befragten nationalistischen Trends mit Zurückhaltung; so unterstützen beispielsweise auch zirka 85% der Befragten eine Politik der Doppelsprachigkeit (weissrussisch und russisch – zu polnisch waren sie offenbar nicht befragt worden) in der Republik. Mehr als 25% der Befragten gehören weiterhin zu den Nostalgikern des Sowjetsystems, 30% erklärten sich als indifferent gegenüber dieser Frage. Nicht mehr als 3% Akzeptanz erhielten die Repräsentanten der Staatsmacht (Legislative, Exekutive), doch erfreut sich der Präsident A. Lukaschenka noch immer mehr als 60% Zustimmung, was seine aussenpolitischen Initiativen anbelangt, 40% für seine Kriminalitätsbekämpfung und 30% Vertrauen in seine Krisenbewältigungspolitik. Eine traditionell paternalistische Haltung dürfte hier zum Ausdruck kommen. Das Missbehagen der Bevölkerung dürfte sich auch bei den bereits mehrfach verschobenen Parlamentswahlen (Wahlen zum «Obersten Sowjet») äussern, sollten diese endlich doch noch stattfinden. hg

Russland

Erkenntnisse über neue konventionelle Munitionsentwicklungen

Bei westlichen Militärspezialisten war bisher die Meinung vorherrschend, Russland resp. die frühere UdSSR habe bei den konventionellen Munitionsentwicklungen einen technischen Rückstand aufzuweisen. Im Verlaufe der letzten Monate hat nun die russische Rüstungsindustrie anlässlich von Ausstellungen oder im Hinblick auf

Kooperationen mit westlichen Firmen Einblick in seine neuesten Munitionsentwicklungen gewährt. Obwohl es sich teilweise erst um Projekte im Prototypstadium handelt, sind diese Entwicklungen aus Sicht von Fachleuten als technologisch weit fortgeschritten zu bezeichnen.

Leistungsfähige Munition für Kampfpanzer

In letzter Zeit präsentieren russische Munitionshersteller laufend neue Munitionstypen



Strategischer Bomber Tu-160 BLACKJACK



Lasergelenkte Artilleriemunition 152 mm KRASNOPOL, die u. a. mit Panzerhaubitze 2S3M (links oben) verschossen werden kann; zur Zielbeleuchtung dienen diverse Typen von Lasergeräten.



Bei den russischen Truppen werden gelenkte Munitionstypen bei allen neueren Kampffahrzeugen verwendet; links Panzermunition 125 mm REFLEX, rechts 100 mm VISTREL für den Kampfschützenpanzer BMP-3.

vom Kaliber 125 mm für die Hauptbewaffnung östlicher Kampfpanzer. Bei den KE-Munitionstypen (Pfeilgeschossen) sind die neusten Projektile einerseits aus abgereichertem Uran (z. B. der Typ BM-32) und andererseits aus Wolfram (z. B. BM-42) gefertigt. Gemäss russischen Herstellerangaben sollen die neusten Typen eine Durchschlagsleistung von rund 300 mm Panzerstahl bei einem Auftreffwinkel von 60 Grad aufweisen. Weitere interessante Entwicklungen betreffend die auch für Bekämpfung von Heli-

koptern oder Infanteriestellungen geeigneten neuen Spreng-Splittergeschosse (Typ OF-26) sowie auch neue Tandem-Hohlladungsmunition. Auch die in Russland seit langem verwendeten gelenkten Munitionstypen der AT-Serie (versehen mit Laserleitstrahlenlenkung) werden laufend weiter verbessert. Der bisher als AT-11 SNIPER (Originalbezeichnung: SVIR) bekannte Panzerabwehrlenkflugkörper wurde unterdessen mit einem Tandem-Gefechtskopf versehen sowie in der Reichweite auf rund 5000 m verbessert.

Neuerungen im Sektor Artilleriemunition

Auf dem Sektor Artilleriemunition sind in letzter Zeit vor allem neue Typen für die russischen Standardkaliber 120 und 152 mm präsentiert worden. Für das Kaliber 152 mm existieren Kanistergeschosse, die 45 Hohlladungsbomblets beinhalten und in ihrer Leistungsfähigkeit analogen westlichen Typen vom Kaliber 155 mm entsprechen. Die maximale Schussdistanz mit base-bleed-Munition liegt für die neue Panzerhaubitze 152 mm 2S19 MST-S bei 29,8 km. Interessant sind die angebotenen Spezialgeschosse 122 und 152 mm, die elektronische Störsender beinhalten. Diese Projektile haben nach Ausstossen der Störsender einen Wirkungsradius von 700 bis 1000 m und können gegnerische Funkmittel im Frequenzbereich zwischen 1,5 und 120 MHz beeinträchtigen.

Ein Schwergewicht laufender russischer Artilleriemunitionsentwicklungen liegt im Bereich der halbintelligenten, d. h. bei den lasergelenkten Typen. Die zu bekämpfenden Objekte (gegnerische Kampffahrzeuge, aber auch nicht gepanzerte Waffenstellungen) werden mit Laserzielbeleuchten markiert, so dass sich die Geschosse auf dem reflektierenden Strahl selbständig ins Ziel lenken. Bisher haben russische Munitionshersteller diverse unterschiedliche Typen solcher Präzisionsmunition, die entweder mit Splitter-Spreng- oder auch kombinierten Splitter-Hohlladungsgefechtsköpfen versehen sind, für den Verkauf angeboten. Beispiele sind:

- 152/155 mm KRASNOPOL
- 152/155 mm SANTIMETR
- 120/122 mm KITOLOV
- 120 mm GRAN
- 240 mm SMELCHAK.

Wie oben angedeutet, versuchen die Hersteller auch vermehrt dem westlichen Kaliber 155 mm gerecht zu werden. Die Trefferwahrscheinlichkeit solcher halbintelligenter Typen soll zwischen 80 und 90% liegen. Interessant ist, dass unterdessen westliche Entwicklungen auf diesem Gebiet (z. B. das amerikanische Projekt COPPERHEAD) eingestellt wurden. Die westlichen Munitionshersteller konzentrieren sich bereits seit einigen Jahren auf die Entwicklung intelligenter Typen (Suchkopf- oder Suchzündermunition).

hg

Gefährliche Tendenzen in den russischen Streitkräften

Die militärische Führung Russlands, insbesondere der jeweilige Verteidigungsminister, hatte seit jeher grossen Einfluss auf die Innenpolitik. Der gegenwärtige Verteidigungsminister, Armeegeneral Gratschow, wird aber von verschiedenen Seiten heftig kritisiert. Vor allem die laufenden Korruptionsanschuldigungen haben dazu geführt, dass heute die Streitkräfte nicht mehr geschlossen hinter dem Verteidigungsministerium stehen. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Armee seit dem Zusammenbruch des WAPA sowie der damit verbundenen Auflösungserscheinungen vergeblich nach einer neuen Identität sucht. Sie sieht sich im weiteren immer mehr den innenpolitischen und innerstaatlichen Problemen ausgesetzt. Durch den Schwund an aussenpolitischem Einfluss und durch den allgemeinen Rückzug hinter die eigenen russischen Grenzen ist zudem der Stolz der Streitkräfte gebrochen worden. Dies hat unterdessen zu einer immer mehr verbreiteten Resignation, verbunden mit Demotivation geführt. Der Verlust an Ansehen, das gegenüber den glorreichen Zeiten massive abgenommen hat, prägt heute besonders die älteren Offiziere.

Gratschow selber äusserte sich am 18. November 1994 in der Duma, dass die Leidenschaft der Armee nicht grenzenlos sei. Ein kritischer Zustand sei erreicht. Falls von seiten der Staatsführung nichts getan werde, so beginne in naher Zukunft ein irreversibler Prozess, nämlich der Verlust der Kampfbereitschaft und die Desintegration der Armee.

Ende 1994 schuldeten die Militärbezirke den zivilen und militärischen Lieferanten rund 440 Millionen US\$ für Treibstoffe, Uniformen, Lebensmittel und für allgemeine Dienste. Die finanzielle Lage der russischen Streitkräfte ist derart schlecht, dass bereits Reserve-material für rund 3 Milliarden US\$ aufgebracht wurde. Seit 1992 fanden aus finanziellen Gründen praktisch keine Manöver mehr auf Divisionsebene statt. In einigen Korps und Armeen wurden sogar nur noch Übungen auf Kompaniestufe durchgeführt.

Sozialpolitische Lage der Streitkräfte

Die Stimmung innerhalb der



Die Situation innerhalb der russischen Streitkräfte hat sich dramatisch verschlechtert; nur die privilegierten Truppen (Bild: Luftlandetruppen mit BMD-2) sind noch einigermaßen zuverlässig.

Armee wird beeinflusst durch eine soziale Schlechterstellung, welche alle trifft. Im Oktober 1994 lag der Verdienst eines Junioroffiziers bei zirka 100 US\$, derjenige eines Obersten bei rund 180\$ monatlich. Dies bedeutet, dass viele Militärs an oder unter der Armutsgrenze leben müssen. Noch gibt es privilegierte Truppen, welche relativ gut leben und bei denen sich kaum Anzeichen der Frustration zeigen. Dazu gehören Teile der Krisenreaktionskräfte, die strategischen Raketruppen, die Weltraumtruppen sowie alle Truppen, welche Jelzin unter sein direktes Kommando gestellt hat (Grenztruppen).

Der Schwund an Einfluss beim Militär, in der Politik und bei der Bevölkerung, trägt stark zur allgemeinen Unzufriedenheit bei. Dies zusammen mit der rasenden Inflation und der immer offensichtlicheren und dreisteren Korruption bewirkt, dass die Moral unterdessen an einem Tiefpunkt angelangt ist. Das hat dazu geführt, dass heute im Offizierskorps im Prinzip drei soziale Gruppen bestehen:

1. Gruppe der Leutnants bis Hauptleute. Sie sind die Pragmatiker, welche den Dienst in den Konfliktzonen zu vermeiden suchen. Die meisten möchten nach Möglichkeit die Armee verlassen. Das Gros davon ist nicht an einer Karriere interessiert.

2. Gruppe der Majore bis Generalmajore. Für sie ist es zu spät, die Streitkräfte zu verlassen. Sie unternehmen weiterhin alles, um möglichst von der Armee zu profitieren.

3. Gruppe der Apparatschiks (Verwaltung). Die Offiziere aus dem Verteidigungsministerium sind nicht schlecht versorgt und wollen deshalb ihre Posten solange wie möglich behalten.

Viele Offiziere versuchen,

ihre Gehälter etwas aufzubessern. Als Einkunftsmöglichkeit gilt dabei der Verkauf von überflüssigem militärischen Eigentum oder der Verkauf von für die Armee gelieferter Ware an Dritte, da diese nicht der Verzollung und der Steuer unterliegt. Subventionen der EU und humanitäre Hilfen sind auch schon in private Kanäle verschwunden. Die wesentliche Gefahr liegt nun darin, dass diese militärische Mafia mit der geschäftlichen Mafia zusammenwächst und dadurch eine neue Art militär-kriminelle Gruppe entsteht.

Entwicklungsmöglichkeiten

Es ist nicht anzunehmen, dass die militärische Führung eine Rückkehr zu den Absichten und Zielsetzungen der UdSSR zur Zeit des kalten Krieges anstrebt. Eher dürfte die Wiederherstellung des Ansehens und des Einflusses in Politik und Bevölkerung das Ziel sein. Bei den Generälen, welche praktisch alle noch aus der alten Zeit stammen, bestehen ziemlich klare Vorstellungen über die Zukunft. Man möchte eigentlich im Rahmen der GUS die Interessenszonen der ehemaligen WAPA-Staaten und baltischen Staaten wieder zusammenfügen. Auf keinen Fall aber will man die Armee zu Erntehelfern degradieren oder im Strassenbau einsetzen, obwohl dies schon früher immer wieder der Fall war. Man möchte die Armee als Garant für die äussere und innere Sicherheit.

Die Rückkehr zu einem autoritären oder sogar diktatorischen Regime wird von einem grossen Teil der militärischen Führung für möglich gehalten. Allerdings wird nicht an einen Putsch gedacht, sondern an eine neue starke Regierungspersönlichkeit. Die russischen Streit-

kräfte beeinflussen, ob sie wollen oder nicht, die Aussenpolitik der russischen Föderation. Ist die Armee stark, kann sich der Präsident auch gegen aussen selbstsicherer zeigen. Ist sie schwach, widerspiegelt sich dies in erster Linie durch Probleme mit dem «nahen Ausland», was direkt wieder Einfluss auf die Aussenpolitik haben kann. Gegenwärtig ist es schwierig, die

künftigen sicherheitspolitischen Entwicklungen in Russland zu beurteilen. Bis auf weiteres stellen die Streitkräfte aber keine Gefahr für Westeuropa dar. Dagegen kann die Verfilzung der Armee mit der russischen Mafiawirtschaft und gutgesinnten westlichen Geschäftsleuten zu einem zunehmenden Risiko führen. wf

Russland/Tschetschenien

Dudajews internationale Brigaden

Als beim Einmarsch in Tschetschenien Russlands Verteidigungsminister P. Gratschow dort mit einem Regiment seiner Luftlandetruppen die Ordnung wiederherzustellen versprach, wurden die Kämpfer Dudajews nur als «Kriminelle, Banditen, ein Haufen von Halsabschneidern» bezeichnet. Jetzt, als man den Misserfolg des Blitzkrieges und die eigenen hohen Verluste erklären muss, spricht man von «gut ausgebildeten, ausgezeichnet bewaffneten und bezahlten Söldnern» Dudajews. Als Zeichen der noch bestehenden Pressefreiheit in Russland kann man die Tatsache bezeichnen, dass in vielen russischen Zeitungen im Gegensatz zum offiziellen Sprachgebrauch von «Freiwilligen, die Dudajew unterstützen» die Rede ist.

In der Staatsduma (Unterkammer des Parlaments) nannte der Leiter der militärpolitischen Abteilung des Verteidigungsministeriums Gennadij Iwanow die Zahl der Söldner Dudajews von 7000. Aus offiziellen Quellen sind folgende Freiwilligenzahlen aus verschiedenen Ländern auf Dudajews Seite bekannt: Jordanien 20, Kroatien, Palästina, Iran je 50, Ukraine 150,

Baltische Staaten und Aserbaidschan je 200, Inguschetien und Türkei je 300, Pakistan 350, Afghanistan 700, Georgien und Abchasien 1000 und Dagestan 1500.

Die Zahl der russischen Freiwilligen wird nicht genannt, es ist aber zum Beispiel bekannt, dass die Mehrheit der Donkosaken Dudajews Kampf unterstützt. Im August 1994 unterzeichneten Präsident Dschochar Dudajew und Ataman (Hauptmann) der Donkosaken Nikolai Kosizin einen Freundschafts- und Beistandsvertrag zwischen Tschetschenien und der Donkosakenregion. Der oberste Kosakenführer – Ataman des Kosakenbundes Russlands und des Auslands – Viktor Ratijew erklärte in einer TV-Sendung seine Treue dem legitim gewählten Präsidenten Russlands, aber gleichzeitig, ganz im Sinne der in Russland allgemein herrschenden Verwirrung beendete er seine Ansprache mit der Aufforderung an die Kosaken «die befreundete Stadt Grosnij» zu verteidigen.

Die Kosaken befinden sich tatsächlich in einer schwierigen Situation. Einerseits wollen sie ihrem Präsidenten treu sein, andererseits sind sie historisch und geopolitisch durch Kampfbruderschaft mit den Tschetschenen verbunden. GB ■



General D. Dudajew und Ataman N. Kosizin